

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Sozialstaat für Menschen bedürfnis- und bedarfsorientiert, zukunftsicher, gerecht und leistungsorientiert weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Bundesrepublik Deutschland ist gemäß Artikel 20 und 28 des Grundgesetzes ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Der Sozialstaat ist eine zentrale Errungenschaft unserer freiheitlichen Ordnung. Er schützt Menschen vor existenziellen Risiken, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und sichert den sozialen Frieden. Für die CDU ist dabei klar: Sozialpolitik muss den Menschen dienen – sie muss Hilfe in Not leisten, Aufstieg ermöglichen und Eigenverantwortung stärken. Ein starker Sozialstaat ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für Zusammenhalt, Leistungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit.

Der deutsche Sozialstaat basiert auf einem Zusammenspiel aus Sozialversicherungen, steuerfinanzierten Leistungen und kommunaler Sozialpolitik. Tragendes Fundament ist das Solidarprinzip. Solidarität bedeutet jedoch immer auch Gegenseitigkeit: Wer Unterstützung erhält, soll im Rahmen seiner Möglichkeiten bereit sein, aktiv zur Gesellschaft beizutragen. Dieses Prinzip von Fördern und Fordern gehört für uns zusammen.

Deutschland wendet erhebliche Mittel für soziale Sicherung auf. Rund 41 Prozent der gesamten Staatsausgaben entfallen auf den Bereich der sozialen Sicherung. Allein der Bundeshaushalt 2025 sieht Ausgaben von rund 180 Milliarden Euro für Arbeit und Soziales vor. Diese Zahlen verdeutlichen: Unser Sozialstaat ist leistungsfähig – seine dauerhafte Finanzierbarkeit ist jedoch kein Selbstläufer.

Demografischer Wandel, Fachkräftemangel, steigende Ausgaben im Gesundheits- und Pflegesystem sowie eine angespannte wirtschaftliche Lage stellen

den Sozialstaat vor strukturelle Herausforderungen. Gleichzeitig erleben wir, dass komplexe Zuständigkeiten und Bürokratie den Zugang zu Leistungen erschweren. Reformen sind daher notwendig – nicht um den Sozialstaat abzubauen, sondern um ihn zukunftsfest, zielgenau und gerecht auszugestalten.

Ein zentraler Reformbaustein ist die Abschaffung des Bürgergeldes und die Einführung einer neuen Grundsicherung. Diese soziale und zielorientierte Grundsicherung ist existenzsichernd, setzt gleichzeitig aber klare Anreize zur Aufnahme von Arbeit, fordert Mitwirkungspflichten konsequent ein und vermeidet Fehlanreize. Erwerbsarbeit muss sich wieder spürbar mehr lohnen als dauerhafter Leistungsbezug.

Die Empfehlungen der Sozialstaatskommission bieten hierfür eine wichtige Grundlage. Sie zielen auf eine Bündelung von Leistungen, eine Vereinfachung des Sozialrechts sowie eine stärkere Digitalisierung der Verwaltung ab. Der Bericht zeigt: Die Bundesregierung ist entschlossen, unser Land umfassend zu modernisieren. Unser Sozialstaat muss schlanker, effizienter und bürgernäher werden. Es gilt: Arbeit muss sich wieder lohnen! Wir wollen keinen sozialen Kahlschlag. Wer hilfsbedürftig ist und nicht arbeiten kann, bekommt Hilfe. Wer aber arbeiten kann, muss das Sozialsystem verlassen und schnell in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Diese Reformen müssen nun konsequent umgesetzt und mit einer klaren arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung verbunden werden.

Um weitere notwendige Strukturreformen – insbesondere in den Bereichen Rente, Gesundheit und Pflege – vorzubereiten, hat die Bundesregierung mehrere Kommissionen beauftragt, konkrete Vorschläge zu erarbeiten. Bevor Einzelmaßnahmen diskutiert werden, sollten diese Ergebnisse abgewartet und dann konsequent umgesetzt werden.

Unabhängig davon gibt es jedoch Fehlentwicklungen, die bereits jetzt korrigiert werden müssen. Dazu gehört die unzureichende Bundesfinanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung: Der Bund finanziert die Krankenversicherung von Bürgergeld-Empfängern nur anteilig. Die verbleibende Lücke von rund 10 Milliarden Euro wird faktisch den Beitragszahlern der GKV aufgebürdet – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wird so auf Versicherte und Arbeitgeber abgewälzt. Die Aufwendungen für Bürgergeld- bzw. Grundsicherungs-Empfänger müssen daher vollständig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Dies entlastet die Beitragszahler spürbar und stellt Verteilungsgerechtigkeit wieder her.

Pflege ist ein zentrales Zukunftsthema. Neben einer verlässlichen Finanzierung braucht es spürbare Entbürokratisierung, digitale Unterstützung und eine bessere Vernetzung von Krankenhaus, Rehabilitation und häuslicher Pflege. Pflegenden Angehörige verdienen gezielte Entlastung – durch mehr Kurzzeit-, Tages- und Verhinderungspflege sowie durch wohnortnahe Unterstützungsstrukturen im Quartier.

Kinderschutz duldet keine Grauzonen. Wo das Kindeswohl gefährdet ist, müssen Behörden handlungsfähig sein; Datenschutz darf Kinderschutz nicht behindern. Prävention, einheitliche Standards und starke Netzwerke vor Ort sind der Schlüssel, um Kinderarmut, Gewalt und Missbrauch wirksam zu bekämpfen.

Einsamkeit ist ein wachsendes gesellschaftliches Risiko – insbesondere im Alter, aber auch bei jungen Menschen. Ein moderner Sozialstaat stärkt Begegnung, Ehrenamt, Nachbarschaftshilfe und Mehrgenerationenangebote, damit Teilhabe nicht am Wohnort oder an fehlenden Strukturen scheitert.

Familien sind das Herz unserer Gesellschaft. Ein zukunftsfester Sozialstaat denkt Familienpolitik als Querschnittsaufgabe – von früher Förderung über Vereinbarkeit bis hin zu bezahlbarem Wohnen und Teilhabe. Gerade in Zeiten hoher Lebenshaltungskosten muss Politik Familien verlässlich entlasten, ohne neue bürokratische Hürden aufzubauen.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Bundesregierung auf:

1. Sich für einen sicheren, funktionierenden, tragfähigen und zielgenauen Sozialstaat dauerhaft einzusetzen, indem die zwingend notwendigen Strukturreformen in der Renten- und Sozialpolitik sowie im Gesundheitswesen mutig, entschlossen und mit Augenmaß vorangebracht werden.
2. die Aufwendungen der GKV für Bürgergeld-Empfänger vollständig, kostendeckend und dynamisiert aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren, statt sie über Pauschalbeträge den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern aufzulasten.
3. das Bürgergeld schrittweise in eine neue Grundsicherung zu überführen, die soziale Sicherheit mit klaren Mitwirkungs- und Arbeitsanreizen verbindet und das Prinzip „Fördern und Fordern“ konsequent umsetzt.
4. Leistungen für Kinder, Familien sowie Bildung und Teilhabe zu bündeln und einfacher, transparenter und digital zugänglich zu gestalten, um Chancen frühzeitig zu verbessern und Kinderarmut wirksam zu bekämpfen sowie den Kinderschutz durch einen schnellen und rechtssicheren Informationsaustausch zu stärken.
5. bei allen Reformen die nachhaltige Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme sowie die Interessen künftiger Generationen verbindlich zu berücksichtigen.
6. Sozialleistungsmissbrauch wirksam zu bekämpfen, u. a. durch einen vollständigen und rechtssicheren Datenaustausch zwischen Sozial-, Finanz-, Sicherheits- und Ausländerbehörden sowie durch die Stärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit.

7. im Rahmen der Sozialstaatsreform die Kernaufgabe „Arbeitsvermittlung vor Leistungsbezug“ zu stärken, den Vermittlungsvorrang wieder klar zu verankern und Jobcenter von Bürokratie zu entlasten, damit mehr Zeit für Beratung, Qualifizierung und Vermittlung bleibt.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf:

1. sich aktiv in die bundesweite Sozialstaatsreform einzubringen und die Interessen des Saarlandes, seiner Kommunen und Leistungsträger wirksam zu vertreten.
2. Förderverfahren für Ehrenamt, Jugendarbeit und außerschulische Bildung zu entbürokratisieren und zu digitalisieren sowie Engagement durch verlässliche Ansprechpartner, planbare Verfahren und Anerkennungskultur zu unterstützen.
3. eine Landesstrategie gegen Einsamkeit zu entwickeln, Mehrgenerationenhäuser, Vereine und Kulturangebote noch gezielter zu unterstützen.
4. Qualifizierungsangebote für Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte sowie Ehrenamtliche zu fördern.
5. Nachbarschaftsmodelle zu unterstützen, die Pflege, medizinische Versorgung, soziale Angebote, Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe in der Kommune zu koordinieren und so ein selbstbestimmtes Leben in vertrauter Umgebung zu ermöglichen.
6. Digitale Platzmanagement-Portale in allen Lebenssituationen wie z.B. Pflege und Kinderbetreuung ausbauen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.